



26.06.2015: Seit letzter Woche stehen bei

Technischen Service GmbH der Telekom (DTTS) die Zeichen auf Sturm. Nach Unterrichtung der Führungskräfte über seine Pläne hat das Management dieser ausgegliederten Tochter des Telekommunikationsriesen wurde den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat der GmbH und danach den Betroffenen mitgeteilt, dass man das Innendienstpersonal von derzeit rund 150 auf 23 Standorte in Ballungsgebieten konzentrieren will. Dabei gibt man sich noch generös: eigentlich seien nur 13 Standorte wirtschaftlich, 23 sollen es aber aus Rücksicht auf die Beschäftigten werden, wobei vier de facto von vorn herein Auslaufmodelle sein sollen. Für viele der über 3.000 betroffenen Beschäftigten würde das bedeuten, teils zwei bis drei Stunden zusätzlicher täglicher Arbeitswege zu haben.

Schneller und heftiger als vom Management erwartet organisieren die Betroffenen und ver.di derzeit ihren Widerstand. Ob Bielefeld oder Bad Kreuznach, Elmshorn oder Netphen, Essen oder Saarbrücken, an Dutzenden Standorten demonstrieren sie seit Montag, führen „aktive Mittagspausen“ durch. Nicht in der Kantine, sondern vor Telekomgebäuden, auf Straßen und Plätzen. Stühle stellen sie auf Straßen, jeder symbolisiert einen von der Zentralisierung bedrohten Arbeitsplatz. Zu symbolischen Trauerfeiern kommen sie in schwarzer Kleidung, tragen sich gemeinsam mit ihren Unterstützern, darunter vielerorts auch Kommunalpolitiker von SPD, CDU und LINKEN, in Kondolenzbücher ein. In Anlehnung an einen Werbespruch des Konzerns fordern sie auf, zu „erleben, was verschwindet“.

Beschäftigte und ver.di-Vertreter befürchten einen beabsichtigten Personalabbau bei Umsetzung der Maßnahme. Vor allen viele Kolleginnen haben ihre Arbeitszeit auf halbe bis  $\frac{3}{4}$  Tage reduziert, um Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. Bei 10 bis 15 Stunden zur

jetzigen zusätzlicher Fahrtzeit ist zu erwarten, dass viele von selbst gehen. Wer nicht geht, wird mit erheblichen Einschnitten leben müssen, sei es dass die Zeit für Partnerschaft und Familie fehlen wird oder für gesellschaftliches Engagement, vom Verein über die Gewerkschaft bis hin zu Initiativen und Parteien. Leidtragender wird auch die Umwelt sein, wenn der Konzern seinen Kunden zwar die Datenautobahn anbietet, seine Beschäftigten aber auf die Bundesautobahnen schickt.

Erst am 22. Mai gab es einen bundesweiten Aktionstag mit Mahnwachen der ver.di-Jugend bei der Telekom. Der Kommunikationsriese will die Ausbildungsquote bundesweit von derzeit 2,9% auf 1,8% senken. Von bundesweit 3.000 entfielen mehr als ein Drittel, ein Großteil davon in eh schon strukturschwachen Regionen.

Die mittlerweile in mehrere Töchter untergliederte DTTS gehört zu den drei 2007 mit 60.000 Beschäftigten ausgegliederten Service-GmbHs. Heute sind dort unter 40.000 Menschen beschäftigt. Wochenlange Streiks damals konnten nur den Schaden begrenzen, da die Telekom den § 613a des BGB für sich nutzte, missbrauchte wäre wohl treffender, und Betriebsübergänge in drei eigens dafür mit wenig Personal gegründeten Gesellschaften vollzog. Die dort geltenden Tarifverträge sahen z.T. bis zu 40% weniger Gehalt vor und hätten ohne neue Tarifverträge sofort gegolten. Ver.di und die Kolleginnen und Kollegen mussten damals 6,5% Lohnabbau und 4 Stunden mehr Arbeitszeit ohne Lohnausgleich schlucken, auf den Stundenlohn umgerechnet rund 18 Prozent. Diverse Regelungen verhinderten zwar nominale Lohnverluste, das Lohnniveau wurde aber abgesenkt. Hätte es noch eines Beweises bedürft, dass Lohnsenkung keinen einzigen Arbeitsplatz sichert, er wäre hiermit erbracht.

Seither verging keine Lohnrunde ohne Streiks; denn der einerseits so großzügige Konzern, der seinen Aktionären 2014 mit 50 Cent pro Aktie ca. 20% von deren Nennwert als Dividende zahlte, auch mal viel Geld in die Hand nimmt, um unkündbare Beschäftigte los zu werden und nach außen seine Geschäftszahlen stolz präsentiert, stellt sich dann als am Rande des Ruins stehend hin.



An verschiedenen Orten erinnerten Rednerinnen und Redner daran, dass die Telekom zu 30% dem Bund gehört (Foto: Aktion in Bad Kreuznach). Mit den Stimmen der beiden Kapitalvertreter des Bundes und der Arbeitnehmerbank im Aufsichtsrat des Konzerns wäre diese Maßnahme zu stoppen. Erinnert sei hier daran, dass das Land Niedersachsen, Anteilseigner an VW mit 20%, bei der Frage von Standortschließungen sich immer so verhalten hat, egal, ob die CDU oder die SPD den

## Telekomarbeitsplätze: Erleben, was verschwinde T...

Kategorie: Wirtschaft

Veröffentlicht: Freitag, 26. Juni 2015 15:17

---

Ministerpräsidenten stellte. Mit Blick auf die vielfach anwesenden Kommunal- und Landespolitiker von CDU und SPD erinnerten sie daran, dass Merkel und Gabriel es in der Hand haben, den Zentralsierungswahn mit all seinen negativen Folgen für Beschäftigte, deren Familien und die betroffenen Städte und Regionen zu stoppen. „Der Ball liegt nun in ihrem Spielfeld, Frau Merkel und Herr Gabriel!“

Text: Volker Metzroth Foto: [ver.di](#) /Volker Metzroth